

folgen einige erläuternde Ausführungen über die Persönlichkeit der beiden namhaften Repräsentanten des geistigen Lebens, wobei ergänzend auf die Edition der politischen Tagebücher Josef Redlichs Bezug genommen wird. Die Korrespondenz umfaßt 150 Briefe aus dem Jahre 1912, fast 300 aus den Jahren 1912—1918, und lediglich 50 gehören in die Zeit nach 1925. Überdies wurden auch die Briefe von Frau Anna Bahr-Mildenburg aus den Jahren 1909, 1917 und 1925 beigefügt. Neben vielen Einzelheiten der damaligen Politik, viel Zeitgebundenem, vor allem aus den Kriegsjahren, läßt besonders Redlich seiner Kritik an den damaligen Regierungsmethoden oftmals freien Lauf, er erkennt als einer der wenigen politisch Orientierten die Bedeutung der tschechischen Frage im Rahmen des Weltkriegsgeschehens. Für das dichterische Schaffen Hermann Bahrs, der in seinen Werken oft Zeitkritik übt, sind Redlichs Beziehungen zu führenden österreichischen Staatsmännern bedeutsam, da sie ihm Hintergrundwissen vermittelt haben. Die Beurteilung des österreichischen Staatsproblems und die Sorge um die Existenz des Reiches ist eines der Hauptthemen des aufschlußreichen Briefwechsels.

Der besondere Reiz der Korrespondenz liegt auch darin, daß beide Autoren Werdegang und Bedeutung des Briefpartners aus jahrzehntelanger intimer Kenntnis der persönlichen Entwicklung würdigen. Darüber hinaus wird das tragische Geschick ihres Landes nach dem Jahr 1918 aus den Briefen der zwanziger und dreißiger Jahre wieder lebendig, die vielfach noch nachträglich Gedanken und Anregungen zur Verhinderung der Katastrophe hätten geben wollen.

Fürth/Bay.

Harald Bachmann

Geschichte der Tschechoslowakischen Republik 1918—1948. Hrsg. von Victor S. Mamatey und Radomír Luža.

Graz 1980 (Forschungen zur Geschichte des Donauraumes 3).

Die amerikanische Originalausgabe dieses Sammelwerkes erschien 1973 unter dem Titel „A History of the Czechoslovak Republic, 1918—1948“. Die deutsche Ausgabe, übersetzt von Elisabeth Binder, ist gegenüber der amerikanischen nur insofern leicht verändert, als die umfangreiche annotierte Bibliographie auf den Stand des Jahres 1979 gebracht wurde.

Zu dem Sammelband haben 14 Autoren 16 Einzelbeiträge und ein Resumé beige-steuert. Die Beiträge sind so angelegt, daß sie — jedenfalls chronologisch — einen fortlaufenden Zusammenhang ergeben. In der Mehrzahl gelten sie der Innenpolitik; Außenpolitik, wirtschaftliche Entwicklung und das Nationalitäten- und Minderheitenproblem werden jedoch angemessen berücksichtigt.

Was sich auf den ersten Blick als ein geordnetes Ganzes darstellt, erweist sich freilich bei näherem Hinsehen — von den beiden wirtschaftsgeschichtlichen Beiträgen einmal abgesehen — als Ansammlung ziemlich disparater Studien, die auch durch die abschließende Zusammenfassung von Mamatey nicht integriert werden können, es sei denn, man wolle seine Aneinanderreihung von Haupt- und Staatsaktionen in den Rang einer Synthese erheben. In der Tat: Wäre nicht bereits so

viel Tinte über Sinn und Unsinn von Handbüchern und handbuchartigen Darstellungen vergossen worden, so müßte man mit dieser im vorliegenden Fall freigebig umgehen. Lassen wir es daher bei einigen Randbemerkungen bewenden.

In letzter Instanz sind es wohl nicht die Liberalität der Herausgeber und ihr emphatischer Verzicht auf Beeinflussung der Autoren (S. 8), die das Fehlen einer sachbezogenen Abstimmung und strukturellen Integration der Einzelbeiträge erklären können. Die Ursachen liegen vielmehr in den methodologischen und methodischen Voraussetzungen der Beiträge, insbesondere im dominierenden positivistischen Begriff historischer Forschung und einer Konzeptualisierung der Geschichte der Republik, die — um es unverschnörkelt zu sagen — auf eine flache und abschnittsweise gar zu anspruchslose politische Allgemein- und Ereignisgeschichte hinausläuft.

Man wird die dem Band vorangestellte Widmung mit dem Satz, es gelte „Geschichte zu schildern, wie sie sich tatsächlich ereignet hat“, wohl auch als Leitlinie für die Autoren verstehen dürfen. Sie führt mit dem Begriff des Tatsächlichen, der Faktizität, zurück auf den älteren Positivismus, der „Tatsachen“ als ein Ansichseiendes supponierte, Erkenntnis auf der Grundlage dieser Ontologie des Tatsächlichen daher nur negativ zu bestimmen vermochte: Tatsachenabbildung als Aufgabe der Wissenschaft darf nicht durch subjektive Beimischungen getrübt werden.

Für die Einsicht, daß die Idee einer unmittelbar bezeugten Realität der erkenntniskritischen Reflexion nicht standhält, läßt sich gegen den älteren der neuere Positivismus aufbieten: Ihm ist es bereits geläufig, daß die empirischen Daten Interpretationen im Rahmen vorgängiger Theorien und daher nicht weniger hypothetisch sind als diese¹.

Solange man sich dieses Zusammenhangs nicht vergewissert und statt dessen an einem Tatsachenbegriff festhält, der dem Vermittelten bloß den Schein der Unmittelbarkeit verleiht, kann eine integrierende Zusammenordnung der Beiträge zu dem vorliegenden Sammelband nur unter dem trivialsten Gesichtspunkt stattfinden, eben dem des zeitlichen Nacheinander.

Ich sehe nicht, daß auch nur einer der Autoren durch solche Fragen umgetrieben würde. Das mag ironischerweise damit zusammenhängen, daß es ein anderes, in gewisser Weise integrierendes Verständnis der tschechoslowakischen Geschichte gibt, angesichts dessen sich offenbar für die Autoren Integration in methodischer und methodologischer Hinsicht erübrigt. Dieses Verständnis, das wohl besser als Vorverständnis bezeichnet werden muß, formt sich aus einer Reihe von spezifischen Denkfiguren, Topoi und Metaphern, die in Darstellungen der tschechoslowakischen Geschichte mit einer gewissen zwanghaften Regelmäßigkeit wiederzukehren pflegen. Es handelt sich dabei nicht eigentlich um erklärende oder deutende Formeln, sondern weit eher um appellative Syndrome, die diffus-wohlwollende Zustimmung erzeugen. Zu ihnen gehört beispielsweise die nostalgisch-zelebrierende Rede vom makros anthropos Masaryk; der immer etwas larmoyante Hinweis auf die Rolle der Tschechoslowakei als Opfer west-östlicher Imperialismen, dem die Neigung zur Idealisierung der inneren Verhältnisse des Landes entspricht und der mit dem frei-

¹ Popper, K.: *Conjectures and refutations*. London 1963, S. 23 u. 387.

gebigen Gebrauch des Wortes „Tragik“ einherzugehen pflegt; die Betonung der Kleinheit des Landes, die andererseits auch „Vatergefühle“ westeuropäischer Staaten gegenüber der Tschechoslowakei weckte; schließlich — ein landläufiges und daher umso publikumswirksameres Motiv — die stets untergründig lauernde kommunistische Gefahr, für die sich *ex eventu* — wen wundert's — reichlich Anhaltspunkte finden lassen.

Wer wollte schon bestreiten, um eines dieser Motive aufzugreifen, daß die Tschechoslowakei Gewalt, Aggression und Expansion der Großmächte im Übermaß erfahren hat? Und wessen Sympathien wären nicht auf der Seite derer, die die Zeche für den fortwährenden Naturzustand zwischen den Staaten bezahlen? Zu bezweifeln ist allerdings, daß die immense Bedeutung außenpolitischer Konstellationen für die Entwicklung der Tschechoslowakischen Republik in der vorliegenden Publikation methodisch-konzeptionell angemessen erfaßt wird. Man wird dieser Bedeutung nicht dadurch gerecht, daß man a) der begriffs- und strukturlosen Aneinanderreihung von Fakten am Ende — im Sinne einer bloßen Außenetikettierung — einige moralisierende Bemerkungen über den wenig urbanen Umgang der großen mit den kleineren Staaten aufträgt und b) Außen- und Innenpolitik in zwei beziehungslos nebeneinander liegende Sphären zerlegt, so sehr dies der fortschreitenden Spezialisierung der Tschechoslowakei-Forschung entsprechen mag.

Das Beispiel, an dem sich die voraufgegangene Kritik vielleicht am besten konkretisieren läßt, ist der Beitrag von Mamatey über „Die Entwicklung der Tschechoslowakischen Demokratie 1920—1938“ (S. 109—179). Dieser vom Umfang her wichtigste Beitrag, dem in der Sache gewiß der Stellenwert eines Kernstücks des ganzen Buches zukommen müßte, nimmt auf der Qualitätsskala aller Einzelstudien zweifellos den untersten Platz ein.

Mamateys Abhandlung ist zunächst ein negatives Lehrstück darüber, daß Tatsachenerhebungen und Tatsachendarstellungen auf der Spezifikationsebene anzusiedeln sind, die nicht ein Maximum, sondern ein Optimum an Informationen liefert. Mamateys Gliederungsschema ist die Abfolge der verschiedenen Regierungskoalitionen, die zwischen 1920 und 1938 an der Macht waren; davon abgesehen, erkenne ich in seiner Darstellung kein ordnendes Prinzip: Sie ist ein Steinbruch, in dem sich Wichtiges und Belangloses, Interessantes und gänzlich Uninteressantes zu einem Faktenhaufen türmen, den zu sortieren dem Leser überlassen bleibt. Am Ende der Wanderung durch diesen Steinbruch stellt Mamatey bündig fest, die Erste Republik sei „die erfolgreichste und die am längsten währende europäische Demokratie östlich des Rheins gewesen“ und habe „als solche eine rühmliche und dauerhafte Stellung in der europäischen Geschichte errungen“ (S. 179). Das mag zwar so sein, aber wer diese Einsicht nicht schon *vor* der Lektüre von Mamateys Abhandlung besitzt, dem wird sie sich als Schlußfolgerung aus seinen Darlegungen jedenfalls nicht anbieten. Hier treffen wir genau auf jenes Vorverständnis der tschechoslowakischen Geschichte, das unter den Connaisseurs so sehr im Schwange ist, zumindest in bezug auf die Vorkriegsrepublik: Es läßt die Analyse nicht vorankommen, weil die Prämissen vorgestanz sind.

Der Titel des Beitrags von Mamatey berechtigt den Leser zu der Annahme, daß er Näheres darüber erfährt, wie denn Demokratie als politische Ordnung in der

Tschechoslowakischen Republik beschaffen war. In dieser Erwartung wird er allerdings arg enttäuscht. Die übliche negative Bestimmung mit dem Hinweis, es habe in der Tschechoslowakei — genauer: den böhmischen Ländern — keinen bzw. nur marginalen Faschismus gegeben, kann über die Bedingungen von Demokratie positiv umso weniger aussagen, als auch das Nichtvorhandensein von Faschismus nur sehr oberflächlich erklärt wird (S. 143/44). Da Mamatey im Grunde eine Geschichte der Regierungskoalitionen und parteipolitischen Auseinandersetzungen schreibt, könnte man vermuten, daß der Autor Demokratie vor allem im Sinne jener „realistischen“ Demokratietheorie versteht, die am Ende eines langen Rückbildungs- und Schrumpfungsprozesses früher bürgerlicher Demokratie-Ideale steht: als Methode der Auswahl von Führern und Führungsgarnituren und als organisierte Konkurrenz oligarchisch strukturierter Führungsgruppen um Wählerstimmen. Sollte der Autor der Ansicht sein, daß diese in der Zwischenkriegszeit überall vollzogene Revokation klassischer Demokratietheorie der Ersten Tschechoslowakischen Republik ihren „rühmlichen“ Platz in der europäischen Geschichte sicherte?

Daß Mamatey in der Tat zu der neuen Generation forscher Elitetheoretiker zählt, die schon jenseits von Erwägungen über Selbstbestimmung und Partizipation in der Demokratie stehen und unter Demokratie lediglich eine bestimmte, eben elitenpluralistische Methode der Entscheidungsfindung verstehen, verraten seine Ausführungen zur „Pětka“ (S. 118/19).

Mamatey sieht in der faktischen Entmachtung des Parlaments durch den Fünferausschuß eine positiv zu bewertende Notwendigkeit: Die tschechoslowakischen Parlamentarier hatten sich während ihrer Wiener und Budapester Lehrjahre allerlei Unsitten angewöhnt, beispielsweise „zersetzende Kritik“, so daß es der „Pětka“ bedurfte, um für Disziplin, Ordnung und Stabilität zu sorgen. Mamatey schätzt die Bedeutung der „Pětka“ als Ordnungsfaktor so hoch ein, daß er mutmaßt, der Tschechoslowakei wäre ohne das Fünferkomitee die Diktatur nicht erspart geblieben. Stabilität der Demokratie also dadurch, daß die politischen Eliten die institutionellen Voraussetzungen von Demokratie außer Kraft setzten? Noch ungereimter wird die Sache dadurch, daß Mamatey zugleich darauf insistiert, daß die Eliten ihre Bemühungen auf die Entwicklung der „parlamentarischen Demokratie“ richteten (S. 116). Das legt den Gedanken einer „Erziehungsdiktatur“ nahe, zumal Mamatey nicht mit Hinweisen darauf geizt, wie sehr beispielsweise die in politischer, ja sogar allgemein-menschlicher Hinsicht inferioren Slowaken (S. 133) der Erziehung bedurften. Zu solchen Überlegungen paßt dann aber nicht, daß es die (tschechischen) politischen Eliten an einer weitsichtigen wirtschaftlichen Entwicklungspolitik gegenüber der Slowakei haben fehlen lassen; viel eher dürfte sie in ihren Augen den Stellenwert eines bloßen Ausbeutungsobjektes gehabt haben. Von „Ausbeutung“ möchte Mamatey allerdings nichts wissen; seine Begründung, im ökonomischen Verhältnis der böhmischen Länder zur Slowakei habe es sich vielmehr um eine Politik des *laissez-faire* gehandelt, wird freilich niemanden überzeugen können. Wo gab es denn in der Ersten Republik einen Wirtschaftssektor, auf dem liberale Wirtschaftspolitik betrieben wurde?

Am Ende bleibt somit dunkel, worin eigentlich das Wesen der Demokratie in der Ersten Tschechoslowakischen Republik bestand und weshalb sie sich einen rühm-

reichen Platz in der Geschichte verschafft hat. Deutlich wird lediglich, daß Mamatey dazu neigt, Demokratie mit einer Veranstaltung der politischen Führungsgruppen zu identifizieren; Antworten auf die Fragen zu finden, die sich unter dieser Voraussetzung — einmal angenommen, sie träfe zu — überhaupt erst stellen, bleibt freilich dem Leser überlassen. Dem wird, wenn er den Beitrag Mamateys aufmerksam liest, zumindest das eine sehr schnell klar werden: Die Eliten haben es sich nicht leicht gemacht, wie die immer wiederkehrenden besorgten Mitteilungen Mamateys über den schlechten Gesundheitszustand vieler Spitzenpolitiker zeigen. Als Ariadnefaden taugt diese Erkenntnis freilich auch nicht.

Ungeklärt bleibt bei Mamatey auch der Sinn von „Stabilität“, für welche die „Pětká“ angeblich sorgte. Gegen wen grenzten sich Stabilisierungsstrategien aus, auf wessen Kosten wurde ökonomisch, sozial und politisch stabilisiert? Müßte nicht „Stabilisierung“ im wirtschaftlichen Bereich — folgt man Mamateys eigener Darstellung — viel eher als „Konservierung“ bezeichnet werden?

Antworten auf diese Frage kann Mamatey umso weniger geben, als sie die Bestimmung des tschechoslowakischen Typus von Demokratie voraussetzen würden.

Es ist schon oft festgestellt worden, daß dieser Typus in hohem Maße die charakteristischen Merkmale einer Proporzdemokratie aufwies², also eine per se auf Gleichgewicht angelegte gesellschaftlich-politische Konstruktion darstellte. Das grundlegende Konfliktregelungsmuster der Proporzdemokratie ist bekannt: Vertretung der wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen in der Exekutive, Sicherung ihres Einflusses auf die politischen Entscheidungen durch Ämterpatronage („Erbhöfe“), Interessenausgleich durch „Junktimieren“, also durch paktierte Gesetzgebung. Die Tschechoslowakei war insofern sicherlich ein Sonderfall, als der Proporz — vor allem auf Regierungsebene — im wesentlichen auf die tschechischen politischen Gruppierungen beschränkt blieb. Im übrigen traten aber die strukturellen Mängel von Proporzkonstruktionen hier besonders deutlich hervor: Da Konflikte nicht durch dynamische Mehrheitsbildungen gelöst wurden, die in den Regierungskoalitionen erzielten Kompromisse nicht oder jedenfalls nicht entscheidend zu Lasten der etablierten, in der Exekutive vertretenen Gruppen und Interessen gehen konnten und das Prinzip der Alternativen setzenden Opposition (im tschechischen Lager) fehlte, wurde die Innovationsfähigkeit des politischen Systems beeinträchtigt. Die Indikatoren hierfür sind zahlreich genug³.

In diesem Sinne erhielt durch eine Präzisierung des Begriffes „Demokratie“ auch das vage Ding „Stabilität“ schärfere Konturen; zugleich wäre so ein — freilich noch grober — begrifflicher Raster gewonnen, der es ermöglichen würde, durch Mamateys Faktendickicht eine erste Schneise zu schlagen und überhaupt erst so etwas wie einen Fragehorizont zu begründen. Denn der Proporztypus legt die

² Vgl. dazu neuerdings die ausgezeichnete Untersuchung von Lipscher, L.: *Verfassung und politische Verwaltung in der Tschechoslowakei 1918—1939*. München-Wien 1979 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 34).

³ Vgl. dazu schon die sorgfältige Studie von Bloss, E.: *Labor legislation in Czechoslovakia with special reference to the standards of the International Labor Organization*. New York 1938.

Frage nahe, ob es sich dabei einfach um die Fortsetzung österreichisch-ungarischer parlamentarischer Strukturen handelte oder um einen Mechanismus der Konfliktregelung, der in allen „kleinen“ europäischen Demokratien der Zwischenkriegszeit in mehr oder weniger ausgeprägter Form festzustellen ist: die Tendenz zur Generalisierung politischer Verantwortlichkeit aufgrund des relativ größeren äußeren Drucks⁴.

Folgt man dem zweiten Gesichtspunkt, dann läßt sich der Einfluß der Außen- auf die Innenpolitik, der bei Mamatey akzidentuell bleibt⁵, als ein systematischer Zusammenhang erfassen: Er geht durch die politisch-institutionelle Ordnung des Landes hindurch und bestimmt ihre konkreten Formen. In diesem Sinne kann etwa das ungeheuer zersplitterte gesellschaftliche Organisationssystem der Ersten Republik samt seinen konfliktfragmentierenden Leistungen als funktionaler Bestandteil einer politischen Struktur verstanden werden, die darauf angelegt war (s. o.), äußeren Druck durch Dämpfung des inneren Konfliktpotentials zu kompensieren.

Gestützt wird die Hypothese über den Einfluß der äußeren Situation auf die Binnenstruktur der Tschechoslowakei durch die Tatsache, daß die nationale Identität der Staatsbürger die Ausbildung einer klaren politischen bzw. demokratischen Staatsbürgerrolle beeinträchtigte, und zwar stärker als dies einer demokratischen Gesellschaft zuträglich ist. Das läßt sich beispielsweise an der parlamentarischen Krise von 1933 zeigen⁶, soll aber hier vor allem an dem von Th. Procházka verfaßten Beitrag „Die Zweite Republik, 1938—1939“ erläutert werden.

Die allgemeine Tendenz der Literatur geht dahin, die Zweite Republik zu exotisieren, und nichts liegt ja auch näher, wenn man nur einen flüchtigen Blick auf die inneren Verhältnisse und die äußere Situation des Reststaates wirft. Mit dem Münchner Abkommen wurden faschistische, faschistoide und erkonservativ-reaktionäre Gruppen zumeist agrarisch-mittelständischer Provenienz zur Macht emporgespült. Das weitverzweigte demokratische Parteiwesen der Ersten Republik brach wie ein Kartenhaus zusammen und wurde durch zwei, auf dem Einheitsprinzip gründende Parteien von autoritärem bzw. totalitärem Zuschnitt ersetzt. Die demokratischen Rechte wurden zunehmend abgebaut; allenthalben waren ständestaatlich-korporative Gesellschaftsvorstellungen auf dem Vormarsch⁷.

Der Leser, noch ganz unter dem Eindruck der panegyrischen Schlußsätze Mamateys über die Erste Republik, ist einigermassen ratlos. Über Nacht der völlige Bankrott von Demokratie und die ganz andere Gesellschaft? Procházkas Erklärungen für diesen Umbruch unterscheiden sich nicht von denen zahlreicher Untersuchungen vor ihm: die Schockwirkung des Münchner Abkommens, Verzagtheit,

⁴ Vgl. Rokkan, S.: The Structuring of Mass Politics in the Smaller European Democracies. A Developmental Typology. In: Party Systems, Party Organizations and the Politics of the New Masses. Hrsg. von O. Stammer. Berlin 1968, S. 26—65.

⁵ Vgl. S. 117, wo auf Masaryks Sicht dieses Zusammenhangs hingewiesen wird.

⁶ Viel Material hierzu bietet Hradilák, Z.: Československá sociální demokracie a zmocňovací zákon v roce 1933 [Die tschechoslowakische Sozialdemokratie und das Ermächtigungsgesetz von 1933]. In: Příspěvky k dějinám KSČ 7 (1967) 29—51.

⁷ Lukeš, F.: Podivný mir [Ein sonderbarer Frieden]. Prag 1968, passim.

Verunsicherung, mangelndes Orientierungsvermögen, die massive Abhängigkeit vom Dritten Reich, dessen Hineinregieren in den Reststaat etc.

Es ist eine Konsequenz des auch für Procházka typischen staatsgeschichtlichen Ansatzes, daß mit Veränderungen der als bestimmend gedachten politischen Ordnung zugleich — im Sinne einer abhängigen Variablen — Veränderungen des Sozialsystems impliziert, gesellschaftliche Strukturen also als etwas ungemein Flüchtliges angesehen werden. Unter systematisch-strukturgeschichtlichem Blickwinkel erscheint diese Annahme freilich weniger zwingend. Kehren wir hier zu den Bemerkungen über die Staatsbürgerrolle zurück.

Das erklärungsbedürftige Phänomen ist nicht, daß sich nach 1938 eine politische Führungsgarnitur findet, die — vielfach in immer schon antizipierter Anpassung an Forderungen des Dritten Reiches — den Umbau des gesellschaftlich-politischen Organisationssystems nach totalitärem Vorbild vorantrieb. Erklärungsbedürftig ist vielmehr, daß dieser Umbau in den Massen nur auf marginalen Widerstand stieß, die neuen Organisationen — ganz im Gegenteil — sich rasch eine ansehnliche Massenbasis sichern konnten. Das gilt etwa für die Einheitsgewerkschaft, die den Nationalsozialisten bei der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren als Morgengabe dargebracht wurde. Obwohl sie jeder demokratischen Legitimation entbehrte, zunehmend den Charakter einer wirtschaftsfriedlich-autoritären, bloß durch die Volksgemeinschaft-Ideologie zusammengehaltenen Organisation annahm und unter dem Okkupationsregime vollends zum tschechischen Äquivalent der Deutschen Arbeitsfront herabsank, verbreiterte sich ihre soziale Basis kontinuierlich. Auch die Führer der politisch funktionslosen, extrem reaktionären Partei der „Nationalen Einheit“ waren alles andere als Generäle ohne Heer; in ihrem Gefolge befanden sich zahlreiche Gruppierungen, denen man vor 1938 einen demokratischen Charakter nicht absprechen kann. Das vielleicht beste Beispiel für die hier angedeutete Tendenz — es gehört allerdings schon in die Anfänge des Protektorats — ist die überwältigende Integrationskraft des „Národní souručenství“: Diese riesige nationale Einheitsorganisation, deren Programmatik sich an den ständestaatlich-korporativen Gesellschaftsvorstellungen des italienischen Faschismus orientierte⁸, erfaßte im Frühjahr 1939 mehr als 2 Millionen Tschechen im Protektorat Böhmen und Mähren.

Wir haben es hier mit den Manifestationen eines staatsbürgerlichen Bewußtseins zu tun, das traditionelle Orientierungsweisen durchaus konsequent, wenn auch in extremer Form, fortsetzte: Da nationale und politische Identität der Staatsbürger interferierten, wie u. a. an jener historisch wirkungsmächtigen tschechischen Ideologie abzulesen ist, derzufolge „national“ und „demokratisch“ identische Werte sein sollten, konnte der politische Konflikt nicht isoliert und keine klare Definition für das formale Bezugssystem gefunden werden, an welchem sich eine politische Staatsbürgerrolle zu orientieren vermochte. Die nahezu beliebige Übersetzung sozialer und politischer Konflikte in nationale Konflikte — Beispiele sind die Bodenreform 1919/20 und die gesellschaftliche Krise der frühen dreißiger Jahre — führte am

⁸ Sehr instruktiv hierzu: Jižní Čechy v Národním souručenství [Südböhmen in der Nationalen Gemeinschaft]. Budweis 1939.

Ende dazu, daß alle Konflikte mühelos in Namen einer nationalen Einheit eingefroren wurden, die jeglicher politischer/demokratischer Gestaltungskraft entbehrte — das ist der Fall des „Národní souročenství“.

Es liegt auf der Hand, daß die gesellschaftlich-politische Entwicklung der Zweiten Republik eine höchst ungünstige Voraussetzung für die Formierung des Widerstandes im Protektorat Böhmen und Mähren schaffen mußte; dies ist längst gut belegt⁹. Der Beitrag von R. Luža über die tschechische Widerstandsbewegung 1939—1945 (S. 364—384) geht auf diese Voraussetzungen nicht explizit ein; dies ist allerdings nur ein Gesichtspunkt unter mehreren, die zu einer kritischen Betrachtung seiner Abhandlung Anlaß geben. Dabei soll die Schwierigkeit nicht verkannt werden, ein so komplexes Phänomen wie den tschechischen Widerstand auf sehr knappem Raum in den Griff zu bekommen. Daß diese Schwierigkeiten zu meistern ist, zeigt andererseits G. Rhodes Studie über „Das Protektorat Böhmen und Mähren 1939—1945“ (S. 314—340).

Es gibt vermutlich kaum einen Bereich historischer Forschung, der so sehr wie die Widerstandsforschung der Versuchung ausgesetzt ist, seinem Untersuchungsgegenstand ein programmatisch-normatives Verständnis überzustülpen, das in der Retrospektive politisch wünschenswert erscheint. Mit dem Besserwissen der Späteren wachsen die Ansprüche an die Akteure von einst. Luža — so scheint es — ist dieser Versuchung ebenso erlegen wie A. Josko mit ihrem Bericht über „Die Slowakische Widerstandsbewegung“ (S. 385—408); viel nüchterner und, wie ich glaube, realitätsnäher ist dagegen J. K. Hoensch, dessen Skizze der Slowakischen Republik 1939—1945 (S. 292—313) die Widerstandsproblematik allerdings nur beiläufig behandelt, da sie nicht direkt zu seinem Thema gehört.

Wenn man Lužas Interpretation des tschechischen Widerstandes für tendenziell überzogen hält, müssen — um Mißverständnisse zu vermeiden — zwei Bemerkungen vorausgeschickt werden. Erstens kann und soll ein solcher Einwand nicht die Leistungen und das politische wie moralische Verdienst derjenigen schmälern, die sich der nationalsozialistischen Barbarei entgegenstellten und ihren Widerstand oft genug mit dem Leben bezahlen mußten. Zweitens — vielleicht überflüssig zu erwähnen — ist eine Kritik an Lužas idealisierender Darstellung nicht als implizite Verharmlosung des nationalsozialistischen Okkupationsregimes zu verstehen¹⁰.

Wie die meisten Autoren, die sich mit dem tschechischen bzw. slowakischen Widerstand beschäftigen, ist auch Luža darauf fixiert, Handlungen von Widerstandsgruppen allein im Zusammenhang mit der von ihnen abgelehnten nationalsozialistischen Ideologie zu sehen. Andere Handlungsmotive bleiben unbelichtet; dadurch wird eine Eindimensionalität sozialen Handelns unterstellt, die nur die Dichotomie von Immoralität des Okkupationsregimes und politischer Moralität der Widerständler kennt. Ich bestreite weder die barbarischen Ziele der einen Seite noch die humanen

⁹ Vgl. Brandes, D.: Die Tschechen unter deutschem Protektorat. Teil 1: Besatzungspolitik, Kollaboration und Widerstand im Protektorat Böhmen und Mähren bis Heydrichs Tod (1939—1942). München-Wien 1969.

¹⁰ Was in dieser Hinsicht noch immer oder schon wieder möglich ist, zeigt das Buch von Frank, E.: Karl Hermann Frank. Staatsminister im Protektorat. Heusenstamm 1971.

der anderen, schon einfachste Überlegungen zur Komplexität von Rollensystemen in modernen Industriegesellschaften lassen aber den größten Zweifel an der Möglichkeit eines universellen Verhaltensmusters aufkommen. Im übrigen braucht man nicht zu spekulieren, da die Unhaltbarkeit dieser Annahme aus den Quellen klar genug hervorgeht. „Sie mögen die Deutschen nicht“, heißt es in einem Bericht des tschechischen Nachrichtendienstes vom Herbst 1943 über die Haltung der Arbeiterschaft gegenüber dem Okkupationsregime, „erklären aber, daß es ihnen unter ihrer Verwaltung gut geht“¹¹. Die Vielschichtigkeit und Mehrdeutigkeit menschlichen Verhaltens unter der nationalsozialistischen Protektorats Herrschaft, die in diesem Beispiel zum Ausdruck kommt und gerade für die Arbeiterschaft typisch gewesen ist, gerät bei Luža überhaupt nicht ins Blickfeld.

Luža thematisiert so gut wie gar nicht, in welchem Maße die einzelnen Klassen und gesellschaftlichen Gruppen am Widerstand beteiligt waren. Daß sich das industrielle Bürgertum ohne erkennbare Skrupel der profitablen Kollaboration verschrieb, große Teile der Arbeiterschaft durch die — wie immer demagogische — materielle Pazifizierungsstrategie der Okkupanten diszipliniert wurden, die Masse der Bauern mit Patriotismus und Widerstand wenig im Sinne hatte und sich statt dessen mit Erfolg auf die Verbesserung ihrer ökonomischen Lage vor allem über den Schwarzen Markt verlegte¹² — all dies u. a. m. geht in Lužas Widerstandsbilanz nicht ein. Damit umgeht er ein methodisches Problem, das sich in der Widerstandsforschung allgemein stellt: Wie weit können wir das Handeln von Kleingruppen — als welche die Widerstandsgruppen in aller Regel konstituiert waren — mit dem Handeln von größeren sozialen oder politischen Einheiten gleichsetzen, mit denen diese Kleingruppen ursprünglich personell oder ideologisch verbunden waren? Ein Beispiel: Der PVVZ kam aus der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, und Luža bezeichnet ihn zu Recht als eine der stärksten Widerstandsorganisation im Protektorat bis 1942. Ohne jeden Hinweis darauf, daß der PVVZ nur minimalen Einfluß auf die Arbeiterschaft besaß¹³, gelangt man jedoch zu einer schiefen „Repräsentationstheorie des Widerstandes“¹⁴, mit der sich Luža zum Schaden der Sache nicht auseinandersetzt.

Unter den genannten Voraussetzungen und angesichts der Tatsache, daß die aus nationalsozialistischer Sicht zentrale rüstungswirtschaftliche Funktion des Protek-

¹¹ Vgl. Otáhalová, L. / Červinková, M. (Hrsg.): Dokumenty z historie československé politiky 1939—1943 [Dokumente zur tschechoslowakischen Politik 1939—1943]. Bd. 2. Prag 1966, Dok. Nr. 528.

¹² Die Verschuldung der Bauernschaft sank zwischen 1939 und 1945 von 30 auf 5 Milliarden Kronen. Vgl. Průcha, V.: Změny v sociální struktuře československé společnosti v letech 1938—1945 [Wandlungen in der Sozialstruktur der tschechoslowakischen Gesellschaft von 1938 bis 1945]. Prag 1970, S. 43 Anm. 72.

¹³ Vgl. Kukulík, J.: K problematice vzniku Národní fronty v domácím odboji. Vývoj odbojové organizace PVVZ na území Čech v letech 1939—1941 [Zur Problematik der Entstehung der Nationalen Front im inneren Widerstand. Entwicklung der Widerstandsorganisation PVVZ auf dem Territorium Böhmens von 1939 bis 1941]. Prag 1976 (Acta Universitatis Carolinae Philosophica et Historica Monographia 66).

¹⁴ Hüttenberger, P.: Vorüberlegungen zum „Widerstandsbegriff“. In: Theorien in der Praxis des Historikers. Forschungsbeispiele und ihre Diskussion. Hrsg. von J. Kocka. Göttingen 1977, S. 117—134 (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 5).

torats zwischen 1939 und 1945 zu keinem Zeitpunkt ernsthaft beeinträchtigt werden konnte, scheint Skepsis gegenüber Lužas Behauptung geboten, die tschechische Widerstandsbewegung habe eine ständige Bedrohung der Sicherheit des Reiches dargestellt (S. 384).

Sehr viel mehr analytische Schärfe müßte Luža auch auf die Darstellung der politischen Entwicklungstendenzen des Widerstandes verwenden, die am Ende des Krieges in eine „potentielle revolutionäre Situation“ (S. 382) einmündeten. Die Dominanz der Linken, die Luža im Mai 1945 beim Einmarsch der Armeen der Anti-Hitler-Koalition in der Tschechoslowakei verwirklicht sieht, war — wie vielleicht nirgendwo sonst in Europa — eine Scheindominanz: Die Linke hatte sie nicht selbst errungen, sondern sie war ihr durch die völlige Diskreditierung der Rechten und die Befreiung des Landes von außen in den Schoß gefallen. Das ist in vieler Hinsicht ein Schlüssel zu Taktik und Strategie von Sozialisten und Kommunisten nach 1945. Ich habe auch einige Zweifel am genuin sozialistischen Charakter der Revolution, die 1945 gefordert und erwartet wurde: im Grunde war dies eine Revolution „von rechts“, deren gesellschaftskritisches Potential sich in der Frontstellung gegen den nationalen Gegner erschöpfte. Der gesamt nationale Konsensus in diesem Punkt, den Luža emphatisch beschwört, war in gleicher Weise ein Scheinkonsensus: Er überdeckte die fundamentalen Gegensätze, die nach 1946 aufbrechen sollten, als die Revolution nun auch die Tschechen und Slowaken nicht mehr ungeschoren davonkommen lassen wollte.

Es bleiben zum Schluß noch diejenigen Beiträge zu erwähnen, auf die im Rahmen dieser Rezension nicht eingegangen wurde. Dazu zählt die Studie von V. Beneš über die Anfänge der Ersten Republik (S. 49—108), die sich an den Überblick von V. Mamatey über die langfristigen Voraussetzungen der Gründung der Ersten Republik (S. 11—48) anschließt; ferner J. W. Brügels Untersuchung zur Lage der Deutschen zwischen 1918 und 1938 (S. 180—201), die Skizze von P. Wandycz über die Entwicklung der Außenpolitik (S. 232—256), das Kapitel über München von K. Eubank (S. 257—271), E. Táborškýs Ausführungen zur Exilpolitik zwischen 1939 und 1945 (S. 341—363), R. Lužas Bericht über die Jahre 1945—1948 (S. 411—441) sowie die beiden wirtschaftsgeschichtlichen Beiträge von Z. Pryor (S. 202—231) und J. Michal (S. 455—491), die der Zwischenkriegsära bzw. den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg gelten. Mit der Lösung des Minderheitenproblems nach 1945 befaßt sich schließlich L. Němec (S. 442—454).

Bochum

Peter Heumos

Walter Ullmann, *The United States in Prague, 1945—1948.*

University of Colorado, Boulder 1978, X + 205 S., § 16,25 (East European Monographs 36).

Walter Ullmann, Professor of History an der Universität von Syracuse im Staat New York und aus Böhmisches-Budweis stammend, legte nach langjährigem Aktenstudium in amerikanischen und britischen Archiven eine umfassende Studie über die amerikanisch-tschechoslowakischen Beziehungen in den ersten Jahren nach